

# Pressemitteilung

23. März 2023

„CDU muss Blockadehaltung aufgeben“ / Mehr Mittel für Regelschulen

## **Inklusion: SoVD begrüßt Auslaufen der Förderschule Lernen**

**Hannover. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) begrüßt den Beschluss der rot-grünen Landesregierung, die Förderschule Lernen auslaufen zu lassen und fordert gleichzeitig die niedersächsische CDU auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und stattdessen den Prozess konstruktiv zu begleiten.**

Seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unter anderem zur Inklusion im Bildungsbereich verpflichtet. „Obwohl das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ein Menschenrecht ist, hat sich die Landesregierung viel zu lange gesperrt, Inklusion in Niedersachsen komplett umzusetzen“, so Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Deshalb begrüße Niedersachsens größter Sozialverband die Entscheidung von Rot-Grün, die Förderschule Lernen auslaufen zu lassen.

An die Adresse der CDU, die diesen Beschluss massiv kritisiert, sagt Sackarendt: „Die CDU war jahrelang in der Regierungsverantwortung. In dieser Zeit hätte sie dafür sorgen können, dass das gemeinsame Lernen so umgesetzt wird, dass Kinder mit Behinderung eine Regelschule besuchen können und das Sondersystem der Förderschulen überflüssig wird. Das ist jedoch nicht geschehen.“ Das Thema „Inklusion in der Schule“ habe offensichtlich nicht ganz oben auf der Agenda der Partei gestanden. „Zum Wohl der Kinder muss die CDU jetzt ihre Blockadehaltung aufgeben und den Prozess konstruktiv begleiten, anstatt ihn zu torpedieren“, fordert der niedersächsische SoVD-Chef weiter.

Die Politik müsse jetzt dafür sorgen, dass Regelschulen die notwendigen finanziellen Mittel und das Personal erhalten, um Inklusion für alle Schüler\*innen bedarfsgerecht umzusetzen.